



Ordnungsamt

30.04.2021

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Herr Thomas

Telefon: 492-3210

Thomas@stadt-muenster.de

Öffentliche **Beschluss**vorlage

Betrifft

Antrag der Ratsgruppe AfD (Nr. A-R/0048/2020)
Bekennnis zu Polizei und Bundeswehr als Teil der staatlichen Sicherheitsarchitektur

Beratungsfolge

11.05.2021	Ausschuss für Personal, Digitalisierung, Organisation, Sicherheit und Ordnung	Vorberatung
19.05.2021	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Antragsanliegen werden nicht aufgegriffen.
2. Der Antrag der Ratsgruppe AfD an den Rat Nr. A-R/0048/2020 vom 17.08.2020 ist damit erledigt.

Begründung:

Der Antrag wurde in der Ratssitzung am 26.08.2020 eingebracht und an den Hauptausschuss verwiesen.

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein freiheitlich demokratischer Rechtsstaat. Politik und Verwaltung unterliegen rechtsstaatlichen Verfahrensschranken, die eine willkürliche und rechtlose Gestaltung durch staatliche Organe verhindern. Polizeien, Bundeswehr und die kommunalen Ordnungsbehörden verfolgen in dem durch die Verfassungsordnung vorgegebenen Rahmen unterschiedliche Aufgaben und Zweckbestimmungen. Sie arbeiten in Münster - öffentlich sichtbar - eng und vertrauensvoll zusammen, zusätzlicher Bekenntnisse von Seiten der Stadt bedarf es hierzu nicht.

Zur Rechtsstaatlichkeit gehört auch die Möglichkeit, Maßnahmen des Staates und somit auch der Sicherheitsbehörden kritisch zu hinterfragen. Meinungsfreiheit und das Recht auf freie politische Rede sind elementare Bestandteile des demokratischen Wettbewerbs, die allerdings ihre Grenzen in

zahlreichen verfassungsgemäßen Normen des Strafrechts und des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes finden.

2. Der Antrag der AfD-Ratsgruppe „Information der Bundeswehr an städtischen Schulen ausbauen“ (A-R/0029/2019) wurde bereits durch den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung am 19.11.2019 nicht aufgegriffen (Anlage 2). Der Sachverhalt ist auch heute nicht anders zu beurteilen.
3. In den vergangenen Jahren hat sich die Bundeswehr mit Aktionsflächen auf dem Stadtfest präsentiert. Die Organisation des Stadtfestes wurde im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung an die Münster Mittendrin GmbH vergeben, die eigenverantwortlich die Auswahl der teilnehmenden Akteure steuert. Diese Entscheidungszuständigkeiten haben sich bewährt und sollten daher nicht verändert werden.

i.V.

gez.

Wolfgang Heuer
Stadtrat

Anlagen:

Anlage 1 Antrag der Ratsgruppe AfD (Nr. A-R/0048/2020)

Anlage 2 Beschlussvorlage „Information der Bundeswehr an städtischen Schulen ausbauen“
(V/1059/2019)